

# Was bedeutet Entspannungspolitik heute?

## Einleitung zum Heftschwerpunkt

von Kai Burmeister, Ute Finckh-Krämer, Sascha Howind und Dietmar Köster<sup>1</sup>



© Biblica – Getty Images/Stockphoto

Es ist Krieg. Als dieses Heft geplant und die Artikel des vorliegenden Schwerpunkts „Was bedeutet Entspannungspolitik heute?“ geschrieben worden sind, hofften wir – wie wohl fast alle Leserinnen und Leser –, dass es nicht zu einer Ausweitung des schwelenden Konflikts in der Ukraine, nicht zu einem Krieg kommen würde. Diese Hoffnung hat sich nicht erfüllt. Der Begriff „Entspannungspolitik“, der für die Vermeidung von Krieg steht, passt scheinbar nur bedingt in diese Lage. Ein Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine ist im Gang. Die Gefahr des Einsatzes von Massenvernichtungswaffen, eines alles vernichtenden Weltkriegs, ist aktuell so hoch wie selten zuvor seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Eine Entspannung der Lage ist derzeit nicht in Sicht.

In der längerfristigen Entwicklung seit der Auflösung der Sowjetunion und des Warschauer Pakts ist es dem Westen nicht gelungen, Russland in eine europäische Sicherheitsarchitektur und ein System gemeinsamer Sicherheit einzuordnen. Die Ausweitung der NATO hat zu dieser Entwicklung beigetragen und den Eindruck der Missachtung russischer Sicherheitsinteressen aufrechterhalten. Zugleich stellt sich angesichts einer in den letzten Jahren immer aggressiveren russischen Politik die Frage nach den Sicherheitsinteressen von Russlands Nachbarstaaten. Kurzfristig wird es darauf ankommen, die Logik des Krieges zurückzudrängen, Eskalation zu verhindern, zu Verhandlungen und Waffenstillstand zu kommen und die Achtung des Völkerrechts in den Mittelpunkt zu stellen. Wir werden hinsehen müssen, welche Kräfte und Interessen innerhalb Russlands eine Kriegspolitik unterstützen und welche nicht.

Die Angst vor einem Dritten Weltkrieg und der Wunsch nach Frieden treibt die Menschen in vielen Ländern auf die Straße. Hunderttau-

<sup>1</sup> Kai Burmeister ist Mitglied der spw-Redaktion und Gewerkschaftssekretär.  
Dr. Ute Finckh-Krämer war von 2013 bis 2017 MdB und unter anderem Mitglied des Auswärtigen Ausschusses und des Unterausschusses Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung.  
Dr. Sascha Howind ist Chefredakteur der spw.  
Dr. Dietmar Köster, MdEP, ist Mitglied im Landesvorstand der NRW-SPD und beurlaubter Professor für Soziologie an der Hochschule in Dortmund.

sende drücken so ihre Solidarität mit der Ukraine aus und verdeutlichen ihre Ablehnung von Krieg und Gewalt. Auch in Russland, wo die Teilnahme an Demonstrationen gegen die Regierungspolitik gravierende persönliche Konsequenzen haben kann, demonstrieren Menschen gegen den Krieg. Die wichtigste Forderung muss sein, sofort über einen Waffenstillstand zu verhandeln. Russland muss seine Truppen aus der Ukraine abziehen. Die Waffen müssen schweigen, die Diplomatie muss eine neue Chance bekommen.

Die Lage ist unübersichtlich, verändert sich ständig und zwingt ganz sicher zu einer Neubewertung von Einschätzungen rund um Europa und Russland und die Außen- und Sicherheitspolitik. In dieser Situation ist es Aufgabe der sozialdemokratischen Linken, friedenspolitische Positionen zu vertreten und militärischer Gewalt eine Absage zu erteilen. Mit dem Szenario einer neuer Rüstungsspirale wollen wir uns nicht abfinden. Ähnlich wie Anfang der 1990er Jahre beim Golfkrieg („Kein Blut für Öl!“) wird jetzt eine neue Generation politisch geprägt werden und es gilt in Kooperation mit der jungen Generation sowohl politisch konkrete Anforderungen (#NiewiederKrieg) zu formulieren sowie eine politische Praxis einzuüben. An dieser Stelle kann es nicht um Antworten gehen, da Außen- und Sicherheitspolitik zuletzt vor allem Nischenthemen gewesen sind. Es braucht in den nächsten Wochen Orte für die gründliche Analyse, die ausführliche Debatte und die Positionierung der sozialdemokratischen Linken ebenso wie für die gesamte Sozialdemokratie. Bei aller Unübersichtlichkeit sind erste – und wahrscheinlich zahlreiche weitere – Fragen zu stellen.

Bundeskanzler Olaf Scholz spricht in der Bundestagsdebatte vom 27. Februar 2022 von einer Zeitenwende. Diese Zeitenwende erfordere Waffenlieferungen an die Ukraine, die Einrichtung eines Sondervermögens von 100 Mrd. Euro für die Bundeswehr und verändert damit politische Gewissheiten auch der Sozialdemokratie. Diese Vorschläge finden im Bundestag nahezu einhellige Zustimmung. Klar ist bereits jetzt, die Außen- und Sicherheitspolitik der Bundesrepublik und der Europäischen Union

werden sich nachhaltig im Sinne der erklärten Zeitenwende verändern.

In der deutschen Politik wird zu fragen sein, wie im Eiltempo zurückgedrängte sozialdemokratische Grundsatzpositionen, wie die Beschränkung von Rüstungsexporten und die Senkung von Rüstungsausgaben unter neuen Bedingungen reformuliert und an die geänderte sicherheitspolitische Lage angepasst werden können. Eine historische Erfahrung der sozialdemokratischen Linken lautet, dass die Dominanz des Militärischen vor der Friedenspolitik nichts Gutes verheißt. Wie kann das Weiterdrehen der Eskalationsspirale mittelfristig überwunden werden? Wie kann angesichts des von vielen nicht erwarteten Angriffskriegs Putins auf die Ukraine mittelfristig eine zeitgemäße Entspannungspolitik aussehen?

Lässt sich die Bundeswehr mit einem Sondervermögen von 100 Milliarden Euro in eine einsatz- und verteidigungsfähige Armee verwandeln? Was sollen Kriterien für Abschreckung und mögliche Einsätze der Bundeswehr sein? Und an welchem Ort sollen diese stattfinden? Wohin führen diese eiligen Entscheidungen, gerade wenn wir die Erfahrungen der militärischen Einsätze in Jugoslawien und Afghanistan im Hinterkopf haben? Haushaltspolitisch steht jedenfalls ein neuer Verteilungskonflikt zwischen Militärausgaben auf der einen und Investitionen in Soziales und ökologischen Umbau auf der anderen Seite ins Haus.

Nicht zuletzt muss die aktuelle Konfliktlage vor dem Hintergrund geopolitischer Verschiebungen beachtet werden, die wir im spw-Zusammenhang unter dem Begriff „ChinAmerika“ analysiert haben und bei der die Rolle Europas vor dem Hintergrund der Konkurrenz zwischen den USA und Chinas neu auszugestaltet ist. Ist die Erweiterung der Europäischen Union nach Brexit und innerer Zerrissenheit eine wirkliche Chance oder drückt sich darin die Hilflosigkeit der aktuellen Konfliktlage aus? Welche Chancen bestehen, angesichts fortschreitender Polarisierung und drohender erneuter Blockkonfrontation die Konzepte einer bündnisneutralen Ukraine und eines neutralen Georgiens unter der Wahrung ihrer Sicherheitsinteressen

durch Russland zu verwirklichen? Wie sollen sich westliche Demokratien gegenüber autokratischen Herrschaftsformen verhalten?

Ist die internationale Friedenspolitik, die Krisenprävention, das diplomatische Bemühen um die Verhinderung und Beilegung eines kriegerischen Konflikts, mit dem Krieg in der Ukraine an ihr Ende gelangt? Welche Möglichkeiten bietet sozialdemokratische Entspannungspolitik im Sinne von Willy Brandt und Egon Bahr angesichts der aktuellen Eskalation? Diesen Fragen geht *Uta Zapf* in ihrem Beitrag nach und betrachtet dabei die Geschichte der Instrumente und Organisationen der Krisenprävention, vor allem die UN und die OSZE, deren Missionen und ihr Verhältnis zu militärischen Bündnisstrukturen und stellt auch die Entstehungsgeschichte des aktuellen Konflikts in der Ukraine dar.

*Ute Finckh-Krämer* greift den Begriff Entspannungspolitik auf und erläutert dessen Bedeutung und Entwicklung. Unter den Bedingungen der festen politisch-militärischen Blockbildung des Kalten Krieges ging es darum, die jeweiligen Sicherheitsinteressen der anderen Seite - mitunter kontrovers - ausführlich miteinander zu diskutieren und einen Weg zu finden, die jeweiligen für die andere Seite nachvollziehbaren Sicherheitsinteressen in politischen Vereinbarungen oder Verträgen festzuschreiben. Die Autorin verdeutlicht ebenfalls den fundamentalen Unterschied zwischen friedens- und sicherheitslogischen Ansätzen und die sich jeweils daraus ergebenden Möglichkeiten und Konsequenzen.

*Thorsten Gromes* und *Matthias Dembinski* zeichnen den Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr nach. Ursprünglich als deutsche Beteiligung im Rahmen des „Krieges gegen den Terror“ nach den Anschlägen vom 11. September 2001 als Einsatz der NATO gegen die Taliban-Regierung begonnen, endete dieser im Sommer des vergangenen Jahres mit dem hastigen Abzug angesichts militärisch triumphierender Taliban, welche erneut die Macht im Land übernahmen. Die Autoren sprechen sich für eine umfassende Auswertung des Einsatzes aus, vor allem im Hinblick auf die grundsätzlichen Fragen, unter

welchen Bedingungen und auf welche Weise sich Deutschland künftig an militärischen Interventionen beteiligt.

*Cornelia Füllkrug-Weitzel* beschäftigt sich in ihrem Beitrag mit der Frage, um wessen Sicherheit es bei Sicherheitspolitik letztlich geht. Dies unterliegt einem historischen Wandel. Während der Blockkonfrontation im Kalten Krieg ging es bei militärischen Interventionen häufig darum, Rufe nach sozialer Gerechtigkeit und Befreiung aus Ausbeutung zu ersticken. Nach 1991 wurden ökologische und soziale Entwicklungsziele mit dem Sicherheitsbegriff verknüpft. Dennoch stellt die Autorin den universellen Anspruch von Sicherheit heraus gerade angesichts der vielfältigen Erfahrungen, dass unilaterale militärische Kooperationen oder Interventionen den geostrategischen und wirtschaftlichen Interessen, dem Machterhalt und der Sicherheit der Intervenierenden auf Kosten der Interessen und Sicherheit der Bevölkerung dienen.

Sämtliche Texte des Schwerpunkts sind unmittelbar vor der militärischen Invasion entstanden. Die dort gestellte Frage, mit welchen Mitteln eine kriegerische Eskalation des Konflikts verhindert werden kann, gilt es nun angesichts des Krieges anders zu stellen: Mit welchen Mitteln hätte die kriegerische Eskalation verhindert werden können, was lernen wir daraus, um eine weitere Ausweitung des Krieges zu verhindern und künftige Krisen zu entschärfen. Jenseits einer institutionell ausgerichteten Sicherheitspolitik werden wir fragen müssen, wie eine zeitgemäße internationale Solidarität für den Frieden von unten aussehen kann. Für diese Debatte bieten alle Texte des Schwerpunkts eine unverzichtbare Grundlage.

Dieser Schwerpunkt zeigt auf: mit Rückschlägen, Brüchen und Zäsuren hatte die Geschichte der Entspannungspolitik schon immer zu kämpfen. Wie die aktuellen Entwicklungen in der Ukraine diesbezüglich einzuordnen sein werden, und was daraus noch folgt, ist derzeit noch nicht absehbar. Vor dem Erscheinen des kommenden Heftes 249 werden wir Analysen und Positionen des spw-Zusammenhangs erarbeiten und uns digital dazu austauschen. ■